

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13.

Dienstag, den 16. Januar 1917.

24. Jahrg.

## Die Kriegslage.

Von Richard Gädke.

Auf beinahe allen Kriegsschauplätzen ist die Lage, die der Herbst des vergangenen Jahres gebracht hat, noch immer unverändert geblieben. Durch nichts kann deutlicher erwiesen werden, daß die Pläne unserer Feinde für den Sommer und den Herbst 1916 gescheitert sind, und alle ihre großen Worte bei Gelegenheit unseres Friedensvorschlages sind nur bestimmt, darüber hinwegzutäuschen, sind vielleicht eine gewaltiger Selbstbehauptung der leitenden Männer. Denn diese Leute sind so unwahrhaftig, daß es schwer ist, zu sagen, wo bei ihnen die bewußte Täuschung aufhört und die Selbsttäuschung beginnt.

Eingeständenermaßen wollte uns der Feindverband im Sommer des vergangenen Jahres aus Nordfrankreich und Belgien hinwegjagen, vielleicht bis zum Rhein vordringen, er wollte Rußland und Polen von unseren Heeren befreien, nach dem Hinzutritt Rumäniens in Ungarn einfallen, Bulgarien züchtigen und Serbien wieder herstellen. Wo aber steht er jetzt? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Wenn die feindlichen Minister uns in allen Tonarten schreien, wenn sie von bewaffneten Einbrechern, Mördern und wilden Tieren reden, so beweist das nur ihre Wut über fehlgeschlagene Hoffnungen. Wer schimpft hat unrecht! Und militärisch sind sie im schwersten Unrecht, weil das Schwert gegen sie entschieden hat. Sie stehen in allem wesentlichen noch da, wo sie am 4. Juni 1916 standen, und gestehen das Scheitern ihrer Pläne durch den Abbruch ihrer Offensiv-Unternehmungen im Westen und Osten wie an der italienischen Grenze ein — diese Ruhezeit dauert bis zum heutigen Tage an und wird in ihrem Charakter dadurch nicht geändert, daß in der vergangenen Woche auf verschiedenen Fronten lebhafteste Kämpfe stattgefunden haben, und daß sich im Westen auch die Artillerie beider Teile mehrfach recht tätige gezeigt hat. Im Priesterwalde gelang uns eine größere Unternehmung der Vortruppen; bei Loos drangen Teile des Infanterieregiments Nr. 153 bis an den vierten englischen Graben vor, und so konnten noch mehrfach glückliche Vorstöße unserer Patrouillen gemeldet werden. Auch die Feinde blieben nicht müßig; südlich von Arras versuchten die Engländer, die jetzt dort stehen, sogar einen größeren Angriff, der ihnen mißglückte. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der englische Marschall Haig seinen Befehlsbereich nunmehr bis zur Somme ausgedehnt hat. Diese Vergrößerung der englischen, die Zusammendrängung der französischen Front widerspricht jedenfalls nicht den Berichten über die Mannschaftsnot der Franzosen und über die stete Verstärkung des englischen Heeres, das angeblich zwei Millionen Mann auf dem Festlande verammelt hat.

Auch an der Ostfront lebte die Geschäftstätigkeit zwischen Dünaburg und dem Narotsch-See sowie weiter nordwestlich in der Gegend von Friedriehstadt und zwischen der See und der Straße Mitau-Riga auf. Sie begann mit einem glücklichen Ueberfall der Deutschen am 3. Januar auf eine besetzte Insel nordwestlich Dünaburg, dem am nächsten Tage vielfache vergebliche Ruderoberungsversuche des Gegners folgten, und wurde fortgesetzt durch größere russische Angriffe an der Ica in den Tagen des 5., 6., 7. Januar. Im einzelnen blieb diese letzte Unternehmung nicht ohne Erfolg, im großen aber endete sie mit einer blutigen Abfuhr.

Alle diese Kämpfe im Osten und Westen gehören aber durchaus dem Gebiete des Kleinkrieges an und setzen sich abgegrenzte Ziele; sie ändern nichts an der allgemeinen Lage und an dem völligen Stillstande der großen Operationen.

Gewiß wird die Zeit kommen, wo auch sie wieder das alte Europa an den verschiedensten Ecken vom Kampfesgesehe werden widerhalten lassen, einstweilen aber haben die feindlichen Feldherren erst in Rom vom 5. bis 7. Januar ihre neuen Pläne beraten. Sind sie wirklich einig geworden, so folgt nun doch immer erst die Vorbereitung des Geschlossenen; das bedeutet uns gegenüber einen Zeitverlust, den Hindenburgs Kriegskunst sich nicht entgehen lassen wird.

So sehen wir denn auch den einzigen Bewegungskrieg zur Zeit in Rumänien, dort, wo wir die Entscheidung gesucht haben. Man darf das Wort Entscheidung freilich nicht mißverstehen, wie es auch bei uns so oft geschieht, als wollten wir beweisen, daß uns unsere Gegner ganz zu Unrecht des Militarismus beschuldigen. In einem Riesenkampf, wie diesem, fällt natürlich nicht eine Entscheidung, sondern es folgen sich eine vielfache Zahl von Entscheidungen, die sich gegenseitig verstärken oder ausheben können. Erst wenn die Schlusbilanz gezogen wird, ergibt sich aus Addition und Subtraktion das Gewinn- und Verlustkonto, das das endgültige Ergebnis des Krieges aufweist.

Im Südosten ist gegenwärtig der Feldzug gegen Rumänien entschieden, und wir stehen nunmehr mitten im russischen Feldzuge, wenn auch auf rumänischem Boden. Dieser Feldzug knüpft unmittelbar an den Herbst 1915 an, wo er abgedrungen wurde, um zunächst Serbien und Montenegro zu zertrümmern, den Weg nach Kon-

stantinopel und Wien zu eröffnen, das Dardanellenunternehmen der Gegner zum Scheitern zu bringen.

Den Russen glückte es im Herbst 1916 nicht, den rumänischen Feldzug zu einer für sie günstigen Entscheidung zu bringen, u. a. auch darum nicht, weil sie zu spät und mit ungenügenden Kräften in ihn eingriffen. Mit der Einnahme von Bukarest war dieser Feldzug erledigt, die rumänische Armee mußte hinter die russischen Kräfte zurückgenommen werden, die nunmehr erst ihren Aufmarsch am Buzaulusse beendeten hatten.

Auch der neue Feldzug hat in der letzten Woche des vergangenen und in der ersten Woche des beginnenden Jahres erfolgreich für uns eingeleitet. Die Schlacht bei Rimmicul-Sarat entschied gegen die Russen, die von da an immer weiter auf die Serethstellung zurückgeworfen wurden. Alle nachträglichen Verbesserungen konnten den ursprünglichen Mangel dieser Verteidigungslinie nicht bejätigen, daß sie gegen Osten angelegt war, nunmehr aber gegen Westen verwandt werden sollte. Für jenen Zweck bog sie bei dem Brückenkopfe Jocsani vom Sereth in westlicher Richtung ab, und suchte den Ansturm an das Gebirge, wo ihre Flanke durch die ungarische Grenze gedeckt wurde. Als nun aber der Angriff von Westen her erfolgte, verlor die Flanke ihren Schutz, die Stellung war nicht lang genug und konnte von Nordwesten her umgangen werden. In monatelangen wilden Anstürmen von der Bukowina und der Moldau aus haben die Gegner durch ihre Waffe die fehlende Verteidigungsfront zu ersetzen versucht. Als nun aber diese Angriffe verlagten, und die Heere Madensens gegen den Sereth vorrückten, drang der linke Flügel der 9. Armee im engen Ansturm an den rechten Flügel der Armee von Arz in erfolgreicher Gebirgskämpfe nördlich von Jocsani herum und nahm den Brückenkopf schließlich am frühen Morgen des 8. Januar.

Schon etwas früher sah sich auch der Südflügel der russischen Front bedenklich bedroht. Der Ansturm an die Donau sicherte ihn nur so lange gegen Umfassung, als mindestens der Nordteil der Dobrußka in der Hand des Gegners blieb. Aber zur Stärkung seiner Front hatte er die dort fehlende Armee des Generals Sacharow allmählich geschwächt, und so wurde diese von der dritten bulgarischen Armee in rasch verlaufendem Feldzuge immer weiter zurückgetrieben, bis schließlich das östliche Donauufer völlig von ihm geläubert war. So konnte der vor den Sereth vorgeschobene Brückenkopf von Braila von der deutschen Donauarmee von Süden und Westen, von der dritten bulgarischen Armee von Osten her angegriffen werden. Am 5. Januar fiel Braila in unsere Hände; schon lag auch Galatz unter dem Feuer unserer Geschütze, wo die Serethstellung ihren Ansturm an das Donaudelta findet.

Der Zweck des großen Gegenangriffs, den die Russen darauf frontal aus der Linie Jocsani—Jundeni heraus am 6. Januar gegen Madensens Mitte unternahmen, ist noch nicht ganz klar. Hofften sie wirklich durch einen großen Schlag in der Front auszugleichen, was sie auf den Flügeln verloren, indem sie sich in die Räder warfen, die zwischen der Donau und der 9. Armee durch Schmettows Piterkorps ausgefüllt wurde? Nur selten glücken diese Durchbruchschlachten unter ähnlichen Umständen, und auch diesmal mißglückte der Versuch. Oder hat es sich doch um Nachhinsgehechte größten Stills gehandelt, des Zeitgewinns wegen, die dann freilich sehr energig geföhrt worden wären?

Erst die nächsten Tage, die den Fortgang der großen Schlacht um die Serethstellung bringen werden, mögen darüber Auskunft geben.

## Vom Tage.

Bergegenwärtig man sich noch einmal die Note der Entente, dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß kein Funke von Verantwortung hinter diesem Geschrei nach weiterem Krieg und nach Eroberungen steckt. Und doch, was bedeutet solch eine ablehnende Antwort, wie sie Wilson Mitte voriger Woche erhielt? Ein tausendjaheiges Todesurteil gegen diejenigen, die drängen den Kampf weiterzuführen müssen, der zu Ende gehen konnte, wenn es nach den deutschen Wünschen ging. Wenn ein einzelner Mörder hingerichtet werden soll, dann findet ein umfangreiches Ermittlungs- und Beweisverfahren statt, dann werden 12 Geschworene und 3 Richter zur Entscheidung angerufen und selbst wenn das Urteil gefällt ist, steht noch der Weg der Gnade offen. Das alles, ehe ein Mensch hingerichtet wird, der obendrein des schlimmsten Verbrechens für überführt gilt. Was ist solch ein Urteil gegen das Verdikt, das Lloyd George ausspricht, wenn er erklärt, die Zeit zum Frieden sei noch nicht gekommen? Das bedeutet für Jehataulende, für Hunderttausende ein kaltes, schmerzliches Todesurteil, für Hunderttausende, die sich über das Schreckliche nur hinwegtäuschen, weil jeder glaubt und hofft, gerade er werde nicht dabei sein, gerade ihn werde es wohl nicht treffen, sondern die anderen. Aber Hunderttausende trifft es! Und zwar nicht nur die „Feinde“ dieser Kriegsherr, sondern doch auch ihre

eigenen Landsleute! Man könnte es noch verstehen, wenn solch ein Lloyd George oder Protopopow oder Briand das Hentereß über den Heeren ihrer Feinde schwingen lassen, aber nein, ihre brutale Zurückweisung trifft genau so tausende der eigenen Leute, ihrer eigenen Landsmänner, über deren Leben und Glück sie mit derselben Rohheit hinwegschreiten wie über das der Gegner.

Die Antwortnote der Entente an Wilson beschäftigt noch immer die Presse des In- und Auslandes. Wie wir gestern schon betont, findet sie auch vereinzelt in den Blättern der gegnerischen Länder keine günstige Aufnahme. Den gestern bereits mitgeteilten Stimmen seien heute zwei weitere beigelegt. Der französische republikanische „Progres de Lyon“ erklärt: Einige Punkte der Note sind unklar. Wenn die Einzelheiten in den Kriegsziele erst bei den Unterhandlungen bekanntgegeben werden sollen, so muß man dafür sorgen, daß die Diplomatie nicht, wie so oft zuvor, allzu willkürlich mit den Rechten der Völker umgeht. Darunter litt der Friede Europas schon oft. Die Frage der Verweisung der Türkei aus Europa muß man im gegebenen Augenblick eingehend prüfen. Die freie Durchfuhr durch die Dardanellen und den Bosporus ist eine Lebensfrage für Rußland. Aber ob es deshalb nötig ist, Konstantinopel an Rußland als Eigentum oder in Wahrung der Rechte der Nachbarn nur als Besitz gleichsam zur Ruhniehung zu überlassen, darüber schweigt sich die Note leider aus. In militärischer Hinsicht muß man gewiß Vorkehrungen treffen, aber wenn sich hinter dem Ausdruck „internationale Konventionen“ etwa eine Anneziionsabsicht verbirgt, so wolle man nichts davon wissen.

Das Pariser Gewerkschaftsorgan „Bataille“ schreibt: Die Entente hätte sich zuerst bemühen sollen, zu erfahren, welches die genauen Absichten der Mittelmächte sind. Hätten diese sich allzu unbedugam gezeigt, so hätte die Entente alsdann mit gutem Recht den Krieg fortsetzen können. In der „Humanite“ schreibt der Abgeordnete Renaudel: Die Entente hätte präzisieren sollen, was sie unter „territorialen“ Konventionen und Rückgabe der früher den Alliierten entzogenen Provinzen und Gebiete“ versteht. Man hätte Elaz-Lothringen nennen und sagen sollen, daß man keine Eroberungen oder Anneziionsabsichten unter unpräzisen Ausdrücken verbirgt. Man hätte es vermieden, daß von der Rückkehr Frankreichs ans linke Rhein-Ufer gesprochen würde, wie das jetzt wieder der Fall ist. Es sei erklärlich, daß die Mittelmächte die Bedingungen der Alliierten übertrieben finden würden. Das „Echo de Paris“ greift den Artikel Renaudels an und erklärt, die Geschichte Frankreichs beweise, daß die Rheingrenze für Frankreich notwendig und sein Recht sei.

Die Berrüdtlichkeit hat doch ihren internationalen Charakter noch immer nicht verloren.

Die „Morning Post“ meldet aus Washington: Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß Präsident Wilson sich entschlossen hat, einen weiteren Schritt zu tun, um Deutschland zu veranlassen, auch seinerseits keine Bedingungen zu veröffentlichen. Der Präsident teilt nicht die allgemeine Ansicht, daß durch die Diskussion über den Frieden nichts erreicht sei, er glaubt vielmehr, daß ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden, indem die Friedenspartei in den einzelnen Ländern Boden gewonnen hätte und eine der Frieden günstige Stimmung geschaffen worden ist. Je mehr diese Stimmung ermutigt werden könnte, um so größere Hoffnung werde man auf das Zustandekommen des Friedens setzen können. — Hierauf haben wir allerdings auch unsere Erwartungen gesetzt. Die Völker müssen den Frieden wollen, nur dann kommt er auch, trotz Lloyd George, Briand und den anderen Verbrechern an der Menschheit.

Das Gewerkschaftsstatell von Glasgow hat mit 78 gegen 6 Stimmen eine Entschlieung angenommen, die die Regierung auffordert, das deutsche Friedensangebot nicht zurückzuweisen, sondern die Bedingungen anzugeben, unter denen sie und ihre Verbändeter bereit wären, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Auch das Gewerkschaftsstatell von Reigly hat eine ähnliche Entschlieung angenommen.

Die Zentralkstelle „Völkerrecht“, die bekanntlich Ende August 1916 als Gegen gründung gegen den „Unabhängigen Ausschuss für einen deutschen Frieden“ ins Leben trat, damals einen Aufruf veröffentlichte und sich Ende September mit einer Eingabe bett, die völkerrechtliche Sicherung dauernden Friedens an den Reichstag wandte, die sich dann, wie einige Zeitungen zu berichten wußten, in einer aus ganz Deutschland stark besuchten Versammlung am 2. und 3. Dezember in Frankfurt als Verein konstituierte, „Leitfuge“ aufstellte und zu den Erklärungen des Reichstanzlers vom 9. November bett. Deutschlands Wirtmachung bei der Errichtung eines Friedensbundes der Völker Stellung nahm, hat kürzlich eine Rundgebung an den Präsidenten Wilson gerichtet, die dem amerikanischen Botschafter, Herrn Gerard, zugestellt worden ist. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut: „Die Zentralkstelle „Völkerrecht“ drückt dem Präsidenten Wilson ihre erzwungene Zustimmung aus zu seiner von wahrhaft friedensfreundlichem Geiste getragenen Note an die kriegführenden Mächte. Sie erblickt in seinen Vorschlägen die geeigneten ersten Schritte eines neutralen Staates zur Beendigung des fürchterlichen Krieges, der die Völker Europas in zwei feindliche Lager scheidet. Sie ist insbesondere mit ihm der Meinung, daß die Verständigung über die Grundlagen eines Bundes der Nationen für den Zweck der Sicher-



**Frühlingsglaube.**

Es wandert eine schöne Sage  
Wie Bräutigam auf Erden um,  
Wie sehndend eine Liebeslage  
Geht sie bei Tag und Nacht herum.  
  
Das ist das Lied vom Völkerfrieden  
Und von der Menschheit letztem Glück,  
Von goldner Zeit, die einst hienieden,  
Der Traum als Wahrheit, feht zurück.  
  
Wo einig alle Völker beten  
Zum einen König, Gott und Hirt:  
Von jenem Tag, wo den Propheten  
Ihr leuchtend Recht gesprochen wird.  
  
Dann wird's nur eine Schmach noch geben,  
Nur eine Sünde in der Welt:  
Des Eigen-Neides Widerstreben,  
Der es für Traum und Wahnsinn hält.  
  
Wer jene Hoffnung gab verloren  
Und bösl'ich sie verloren gab,  
Der wäre besser ungeboren  
Denn lebend wohnt er schon im Grab.  
Gottfried Keller.

Die Bürgerchaft nahm gestern zunächst die Mitteilung des ständigen Senatskommissars von einem zweimaligen Telegammwechsel zwischen dem Senat und dem deutschen Kaiser entgegen. Dann sprach der Wortführer Dr. Götz Worte des Dankes für die reichen Stiftungen Senator Poschels. Angenommen wurde darauf der Senatsantrag auf Bewilligung von 9000 Mk. zur Herstellung dreier Strandbühnen zum Schutze des Brodener Ufers, gegen den Herr Coleman mancherlei Bedenken vorbrachte. Die Kommission, welche die Verhältnisse der Stadthalle zu prüfen hatte und die Uebernahme dieses Lokals ohne Mitgenehmigung der Bürgerchaft als nicht verfassungsmäßig erachtete, schlug einige von uns bereits mitgeteilte Verfassungsänderungen vor, um in Zukunft für alle Fälle Klarheit zu haben. Auch die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden, ließ jedoch durch Genossen Löwig erklären, daß sie vom Senat zugleich eine größere Verfassungsänderung erwarte, in der die Wünsche nach einer wirklichen Neuorientierung in Lübeck weitgehende Berücksichtigung finden. Mit Worten des Dankes an die im Felde Stehenden ist es nicht getan. Taten sind notwendig.

Eine Lebensmittelliste hatte letzte bei der Bewilligung von 12754,15 Mk. für die Errichtung eines Kinderzimmers in der Schildstraße ein. Von Herrn Glaser wurde verlangt, daß mindestens die Hälfte der in den Lübeckischen Gewässern gefangenen Fische der hiesigen Bevölkerung zugeführt werde. Genosse Hoff unterstützte dieses Verlangen nachdrücklich, kritisierte scharf die Mängel in der Milchversorgung, die auch Herr Libers schon geäußert hatte und wandte sich entschieden gegen das von Herrn Senf geforderte Bestreben nach weiterer Verteuerung der Milch unter Benutzung der höheren Preise anderer Städte. Man drehe hier an einer Schraube ohne Ende. Auch die Monopolbestrebungen der Hansa-Meierei, die den Holländern die Milch wegschneide, um später allein die Preise festsetzen zu können, wurden kritisch besprochen.

Zu längeren Erörterungen gaben die vom Senat beantragten veränderten Änderungen des Einkommensteuergesetzes Veranlassung. Die Senatsvorlage auf Ermäßigung der Erbschaftsabgabe bekämpfte Genosse Schwarz mit dem Hinweis, daß gerade die Erbschaftsteuer die gerechteste aller Steuern sei und es deshalb in der jetzigen Zeit, wo die Laffen des Staats immer größer werden, am wenigsten angebracht sei, sie zu ermäßigen. Die Mehrheit der Bürgerchaft folgte jedoch dem Senat. Zum Schluß gab es noch eine Aussprache über die Arbeiterwochenkarten für die Straßenbahn. Ein von Klein gestellter Antrag, nach welchem auch an Kriegsinvaliden mit geringen Einkommen solche Wochenkarten abgegeben werden sollen, wurde an den Bürgerausschuß verwiesen. Genosse Stelling und Herr Scheithar befragten die Herausgeber der Einkommensgrenze für die Abgabe von Arbeiterwochenkarten auf mindestens 2000 Mark. Von Herrn W. Pape wurde das schon wiederholt ausgesprochene Verlangen erneuert, den Bürgerchaftsmitgliedern frei Straßenbahnfahrt zu gewähren. Kurz nach 9 Uhr hatte die Bürgerchaft ihre Arbeit getan.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gewerkschaftshaus stattfand, war nur mäßig besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der dem Weltkrieg zum Opfer gefallenen Genossen Carl Wetters, Karl Feiler, Johannes Schröder und Wilhelm Jordan, sowie der am Orte verstorbenen Mitglieder Heinrich Ledeburg, Friedrich Jost, Karl Matthies, Theodor Abt, W. Senker und Frau Hamann in Schluß. G. Müller und Frau Koll in Moisling in der üblichen Weise geehrt, nachdem der Vortragende Genosse Löwig vorher ihrem Wirken mit warmen Worten gedacht hatte. Dann verlas der Vortragende einen Brief des Genossen Dreger aus Frankreich, in welchem er wünscht, daß der Lübecker Parteitag auch in Zukunft Hader und Streit fernbleibe und daß ein baldiger Friede die gemeinsame Arbeit aller ermögliche. Hierauf erstattete Gen. Bromme die Abrechnung vom 1. Quartal. Einer Einnahme von 2412,00 Mark standen 2506,40 Mk. an Ausgaben gegenüber. Während ein Zugang von 54 neuen Mitgliedern zu verzeichnen war, verlor der Verein durch Tod, Wegzug und Austritt 65 Mitglieder. In der sich anschließenden Aussprache wurde eine Neuaufstellung der Mitgliederlisten gewünscht und mangelhaftes Kassieren einiger Listen gerügt. Hierauf erhielt Genosse Mehrlein das Wort zu seinem Vortrage über die Neuorientierung. Er führte u. a. folgendes aus: „Das Jahr 1917 soll und muß uns den Frieden bringen. Ich sage das, trotzdem die vereinigten Gegner das Angebot Deutschlands abgelehnt haben. Als wir am 12. Dezember 1916 das Angebot vernahmten, einmal zu Friedensverhandlungen zusammenzukommen, hofften wir, daß nirgends sich dagegen ein unüberwindliches Hindernis aufstürmen würde. Wir sind schwer enttäuscht worden. Und der Präsident der Vereinigten Staaten hat auf sein Angebot von der Entente eine Antwort erhalten, die nur als Hohn und Spott aufgefaßt werden kann. Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß noch große Opfer gebracht werden müssen. Im übrigen ist es bewundernswert, wie die vier Zentralmächte der Uebermacht der vereinigten Gegner standhalten haben. Aber schließlich wird doch nur ein Frieden zuhandeln, der ausgeht auf einer Verständigung. Das Friedensgesetz ist geschaffen worden, um die Widerstandskraft

WZ. Großes Hauptquartier, 16. Januar. (Amtlich.)  
Westlicher Kriegshauptlag.

Der Versuch französischer Abteilungen, bei Beuvraignes (südlich Reims) in unsere Stellung einzudringen, wurde durch die Grabenbesetzung verhindert. Im übrigen hielt sich die heiderseitige Kampflustigkeit, abgesehen von stellenweise lebhafterem Artilleriefeuer, in mäßigen Grenzen.

Ostlicher Kriegshauptlag.  
Front des Generalfeldmarschalls  
Prinz Leopold von Bayern.  
Keine besonderen Ereignisse.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.  
Auch gestern blieben feindliche Angriffe zwischen Casini- und Susita-Tal ohne jeden Erfolg. An einer Stelle eingebrungene Nummern wurden durch Gegenstoß völlig zurückgeworfen und dabei 2 Offiziere und 200 Mann gefangen genommen.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls  
von Mackensen.  
Nach heftiger Artillerievorbereitung gingen beiderseits von Funden i starke zuffische Massen zum Angriff vor. Einige hundert Meter vor unsern Stellungen brachen die Sturmwellen im Sperrfeuer zusammen. Bei Wiederholung der Angriffe am Abend gelangten schwache feindliche Teile in unsere Gräben, wurden aber sofort wieder vertrieben. Die Verluste des Feindes sind groß.

Mazedonische Front.  
Die Lage ist unverändert.  
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

des Reiches zu erhöhen. Es bedeutet einen Eingriff in die persönlichen Rechte des Einzelnen, wie er noch nie da war. Wir alle müssen gefaßt darauf sein, davon betroffen zu werden, so weit das 60. Lebensjahr nicht überschritten ist. Es geht jetzt wirklich aufs Ganze. Das wissen wir alle. Jetzt heißt es liegen, oder Deutschland wird in Stücke gerissen. England will die deutsche Industrie vernichten. Es kam uns aber durchaus nicht gleich sein — wie das die Spartakusleute behaupten —, ob hier die französische, englische oder russische Flagge weht. Bei einem Sieg der Feinde bleibt den deutschen Arbeitern entweder nur Not und Elend im Lande oder Auswanderung. Es ist klar, daß er dann im Auslande nicht besonders geachtet wird. Wenn es sich aber um Sein oder Nichtsein des Reiches handelt, und das Volk die größten Opfer erträgt, darf es auch nicht mehr in Klassen geschieden werden. Es gilt nun mit aller Macht, darauf zu achten, daß dafür die Neuorientierung oder der deutsch gelagte, der Fortschritt für das Volk kommt. Wir wollen keine Wohlthaten, sondern Rechte. In erster Linie also Gleichberechtigung. Der Reichstanzler hat ja auch die Worte gesprochen: Freie Bahn allen Lichtigen! Immer noch sind im Reiche Vorurteile vorhanden. Redner führt das des Näheren aus und weist auf die Diplomatie, das Schulwesen usw. hin. Auch die Klassenwahlrechte in den Einzelstaaten bewirken das. Eine Neuorientierung muß auch auf dem Gebiete des Schulwesens erfolgen. Genosse Mehrlein erinnert dann an das Buch des Berliner Stadtrats Braub, das sehr viel Beachtung finden sollte, weil es die Reorganisation des Volkslebens in freierheitlicher Sinne behandelt. Wir müssen auf die Beteiligung der Wahlrechtsunterschiede drängen. Auch auf dem Gebiete der Ernährungsfragen müssen die Arbeiter mehr Einfluß geltend machen können. Nicht Schorlemer und Obenburg-Januschew dürfen weiter tonangebend sein. Sie haben heute immer noch die Bureaukratie auf ihrer Seite. Die Militärs sind, nachdem sie ihre Scheu vor der Arbeiterbewegung überwunden haben, in dieser Beziehung fortgeschrittener und kräftiger gegen die Unternehmer vorgegangen. Bis hier haben wir noch so gut wie nichts von der Neuorientierung bemerkt. Nur das Vereinsgesetz bedeutete einen kleinen Fortschritt. Eigentum und Wucher blühen leider noch immer. Während des Krieges sind in Preußen zwar einige Genossen als Schulvorstandsmitglieder und Stadtratsmitglieder befaßt worden, aber es muß viel mehr geschehen. Hier in Lübeck geht man noch langamer an die Mitwirkung der Arbeitervertreter in den verschiedenen Körperschaften heran. Ueber ein Jahr war in der Kriegshilfe nur ein Arbeitervertreter. Nach zwei Jahren erst hat man sich bequemt, auch in den wichtigen Ernährungsfragen einen unserer Vertreter zu berufen. Genosse Mehrlein kritisierte dann die neue Vorlage des geplanten Arbeitsnachweises. Auch sonst habe der Geist der Neuorientierung in den höchsten tonangebenden Kreisen noch keine Wurzel geschlagen. Dazu kommt noch die Innenpropaganda des Amtsblattes, die dort von Dozenten, Professoren, Oberlehrern und anderen befaßten Seeleuten betrieben wird. Redner forderte sowohl bezüglich des Bürgerchafts als auch des Senatswahlrechts Reformen. Auch das letztere sei in Lübeck am rückständigsten. Weiter fordert er Zuziehung der Arbeitervertreter bei allen kommunalen Behörden, vor allem auch auf dem Gebiete der Ernährung, bei welcher Gelegenheit der Redner die Monopolbestrebungen der Hansa-Meierei besonders scharf kritisierte. Auch die Verstaatlichung des Getreidehandels, der Bergwerke und der Rüstungsindustrie solle unter die Neuorientierung. Die Regelung der Kriegsverlettenfürsorge und gerechte Verteilung der verschiedensten Steuerlasten ebenfalls. Diese großen Aufgaben sind aber nicht durchzuführen, wenn die Arbeiterchaft uneinig ist. Zerplitterungsversuche dürfen wir uns nicht leisten. Wenn man auch mit manchen Maßnahmen nicht einverstanden ist, so müsse das angesichts der riesigen Zukunftsaufgaben zurückstehen. Um aus dem Obrigkeitsstaat einen Volksstaat zu machen, sei dreimal Einigkeit erforderlich. Nur sie schafft genügende Kraft dafür. Wenn die Arbeiterchaft geschlossen bleibt, wird das Unternehmertum keine großen Lohnkämpfe herausbeschwören. Es würde ja sonst selbst den Akt abgeben, auf dem es steht. Wenn die aus dem Felde Zurückkehrenden die Geschlossenheit aller Bestreuer vorfinden, wird es möglich sein, ein neues Deutschland zu schaffen, mit dem auch die Arbeiter zufrieden sein können. Einigkeit und Geschlossenheit führen höher zum Ziel. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Eine Diskussion wurde nicht bestritten.

Ein Telegrammwechsel. Der ständige Senatskommissar machte gestern abend in der Bürgerchaft Mitteilung von folgendem Telegrammwechsel:

An  
des Kaisers Majestät  
Großes Hauptquartier.  
Euer Majestät wird heute aus allen Gauen des Vaterlandes tief empfundener Dank dargebracht werden für die machtvollen Worte, mit denen angesichts des Uebermutes der Feinde Eure Majestät dem deutschen Volke aus Herz gegrißt haben. Für unsere Bevölkerung, die durch den kaiserlichen Ruf in ihren heiligsten Empfindungen berührt ist, gelobt der Senat, daß mit den draußen kämpfenden Söhnen jeder Bürger unserer freien Stadt und jedes Haus Kraft und Gut einsehen wird für den letzten, schwersten Teil des Deutschland aufgewungenen Kampfes.  
Der Senat der freien und Hansestadt Lübeck.  
Der Präsident des Senates.  
Dr. Fehling.  
Am Montag, dem 15. d. M. ist folgende Antwort beim Senate eingegangen:

Senat der freien und Hansestadt Lübeck.  
Das Gelübnis des Senats der freien und Hansestadt Lübeck für die Freiheit und Ehre des teuren Vaterlandes auch fernest hin bis zum endgültigen Siege jedes Opfer an Blut und Gut darzubringen, hat sich mit Befriedigung und Freude erfüllt. In dem Siegeswillen und der stilllichen Kraft des deutschen Volkes werden die kaiserlichen Vernichtungspläne seiner Feinde zu Schanden werden.  
Wilhelm I. R.

Abfah der Seefischfänge. Der Senat erläßt jetzt eine Bestimmung, in der bestimmt wird: Der Lübecker Fischhandelsgesellschaft m. b. H. in Schluß sind zu liefern: 1. die Seefischfänge der Mitglieder der Lübeckischen Fischereigenossenschaften; 2. die Seefischfänge der im Lübeckischen Staatsgebiet angelegten Fischer; 3. die in Gewässern, die unter Lübeckischer Hoheit belegen sind, gefangenen Seefische; 4. die im Lübeckischen Staatsgebiet gelandeten Seefischfänge mit Ausnahme der mit Dampfern und Heringsloggern, die in der Nordsee befangen sind, gefangenen Fische. Von dieser Bestimmung bleiben ausgenommen: 1. diejenigen Mengen, die der Fischer zu seiner und seiner Haushaltungszugehörigen Versorgung benötigt und verwendet. Den Haushaltungszugehörigen werden die Naturalberechtigten, insbesondere Alten, Kinder und Arbeiter, gleichgeachtet, soweit sie bisher kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn die Lieferung von Fischen verlangen konnten; 2. Makel, Lachse und Meerforellen. Mit Zustimmung der Gesellschaft können Fische, die ihr nach Absatz 1 zu liefern sind, an eine andere Person abgegeben werden.  
Es ist dringend zu wünschen, daß die Lübecker Behörden dafür sorgen, daß ein möglichst großer Teil dieser Seefische wieder der Ernährung der hiesigen Bevölkerung zugeführt wird.

Beschränkung des Verbrauchs von Kartoffeln. Der Ausschuß für Kriegshilfe schreibt uns: Die Knappheit der Kartoffeln hat das Kriegsernährungsamt veranlaßt, die Bundesstaaten auf die Notwendigkeit einer weiteren Einschränkung des Verbrauchs von Kartoffeln hinzuweisen. Der Ausschuß für Kriegshilfe gibt im Angelegenheit die insoweit notwendig gewordenen Bestimmungen bekannt. Kartoffeln werden künftig nur in einer Menge von 5 Pfund für je 10 Tage abgegeben und zwar zurzeit auf den laufenden Abschnitt 12 der Kartoffelkarte und gegen die Unterabschnitte 1—10. Schwerarbeiter können nach wie vor 14 Pfund Kartoffeln in 10 Tagen verbrauchen. Sie erhalten auf die Hauptkartoffelkarte 5 Pfund und auf die Unterabschnitte 1—18 der Zusatzkartoffelkarte 9 Pfund. Für Personen, welche Kartoffelvorräte haben, gilt die gleiche Verbrauchsregelung. Sie dürfen fortan nicht mehr als 5 Pfund ihrer Vorräte auf die Person in 10 Tagen verbrauchen, soweit sie nicht im Besitze der gelben Arbeiterbescheinigung sind. Im letzteren Falle erhöht sich die zugelassene Verbrauchsmenge auf 14 Pfund in 10 Tagen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis, Abteilung für Männer und jugendliche Arbeiter, Parade 1, verzeichnet für den Monat Dezember 280 Arbeitsuchende (November 241), 569 (522) offene Stellen und 356 (304) Stellenbefragungen. Alle Zahlen weisen eine erhöhte Tätigkeit gegenüber dem Vormonat auf. Aus der Landwirtschaft ist die Nachfrage nach Arbeitskräften erheblich zurückgegangen. Es wurden 32 Arbeitskräfte verlangt und 14 nachgewiesen. Gärtner und Gartenarbeiter wurden 19 nachgewiesen. In der Metallindustrie wurden von 38 offenen Stellen 7 erledigt. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe wurden 21 offene Stellen gemeldet und 13 Arbeitskräfte nachgewiesen. In der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel wurden 14 Arbeitskräfte verlangt, eine Vermittlung fand nicht statt. Im Baugewerbe ist beständig große Nachfrage. Von 40 aufgegebenen Stellen konnten 11 besetzt werden. Maschinisten, Feiger und Kranführer wurden 10 verlangt, 4 konnten nur nachgewiesen werden. 15 Fabrikarbeiter wurden vermittelt. Handlungsgehilfen wurden 34 verlangt und 11 nachgewiesen. Für sonstige Lohnarbeit waren 287 offene Stellen aufgegeben, von denen 250 erledigt werden konnten. Es mangelte an kräftigen, zuverlässigen Aufsehern, Bureaugehilfen, Krankenwärtern usw. (freie Berufe) wurden 18 verlangt und 7 vermittelt. In dringenden Fällen, so für das Ent- und Beladen von Waggons, mußten zum Teil militärische Hilfskräfte herangezogen werden, da auf dem freien Arbeitsmarkte geeignete Arbeitskräfte in hinreichender Anzahl nicht zur Verfügung standen. 9 Kriegsverletzte wurden vermittelt, und zwar 1 Maschinenarbeiter, 1 Gartenarbeiter, 1 Hilfsaufseher, 2 Handlungsgehilfen, 1 Weger, 1 Kranführer, 1 Fabrikarbeiter, 1 Zimmerer. Von der Arbeitsvermittlung für gefangene Soldaten wurden im Dezember 89 (November 111) Kriegsbeschädigte für ganze oder halbtägige Arbeit in Beschäftigung gebracht. Die Abteilung für Frauen und Mädchen, Mengstraße 28, berichtet über eine starke Inanspruchnahme ihrer verschiedenen Unterabteilungen im Monat Dezember von Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitsuchenden. Im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres tritt die steigende Inanspruchnahme besonders zutage. Es liegen sich im ganzen 1184 Arbeitsuchende eintragen, gegenüber 441 im Dezember des Vorjahres. Es wurden 914 offene Stellen gemeldet (Dezember 1915: 289) und es kamen 860 Vermittlungen zustande. (Dezember 15: 217). Die höchsten Zahlen stellt das Bekleidungs-Gewerbe mit 669 Arbeitsuchenden (Dezember 15: 107) und 596 Vermittlungen (Dezember 15: 79). An zweiter Stelle folgen das Hauspersonal und die Tagelöhnerinnen aller Art. Bemerkenswert ist der Rückgang in der Meldung der Hausangestellten von 95 im Dezember 1915 auf 72 im Dezember dieses Jahres, und die Zunahme der offenen Stellen für Stundenfrauen und Tagelöhnerinnen und unständig beschäftigte Arbeiterinnen. Von 34 im Dezember 15 liegt ihre Zahl auf 88. Für die Landwirtschaft wurden 11 Arbeitskräfte angefordert und 7 vermittelt. Im Dezember waren dem Arbeitsnachweis 4 offene Stellen bekannt geworden, von denen 2 besetzt wurden. Für Nahrungsmittelfabriken meldeten sich 43 Arbeiterinnen, Dezember 15: 17. 17 wurden in Arbeit gebracht (Dezember 15: 9). Für die Textilindustrie lagen 9 Angebote vor, Nachfrage herrschte nicht. 74 ungelernete Fabrikarbeiterinnen suchten Verdienst, außerdem 38 Metallarbeiterinnen (Dezember 15: 31 und 2), vermittelt 40 und 10 (Dezember 15: 31 und 2). Im Handelsgewerbe wurden 9 Kontoristinnen gesucht (Dezbr. 15: 10). Trotzdem 39 Angebote vorlagen (Dezbr. 15: 34) konnten nur 6 Plätze besetzt werden. An tüchtigem, brauchbarem Personal herrschte Mangel. Ueberangebot nur an Verkäuferinnen und Anfängerinnen. Sehr zahlreich melbten sich Frauen und Mädchen für leichte schriftliche Arbeiten — ihre Zahl betrug 39 — die nur schwer und in den meisten Fällen gar nicht unterzubringen waren. — Neue Verdienstmöglichkeiten boten sich den Frauen durch Vermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises in den Lazareten für Wärterinnendienste, an der Eisenbahn als Weichstellenarbeiterinnen, an der Post für Inmendanten.

Volksstämmliches Konzert. Der nächste Abend ist ausschließlich nordischer Musik gewidmet. Von Sibelius kommt die hübsche Suite aus der Musik zum Schauspiel „König Kriemhild“ zum Vortrag, ferner sein Frühlingslied und die Dichtung Finlandia. Von dem vor kurzem verstorbenen Tor Ulkin weiß die Vortragende die Suite „Reister Olaf“ auf, der bereits in einem Sinfoniekonzert ihre Feuerprobe bestand. Ganz besonders seien die Besucher auf die geistreiche und wichtige instrumentierte Rhapsodie „Widomnarwala von Ulfen“ hingewiesen, die den Schluß des Konzerts bildet. Der Solist, Herr Fischer, spielt die Variationen über eine schwedische Volksweise für Klarinette von Crussell.

Wohltätigkeitslotterie. Man schreibt uns: Hinweisend auf die Anzeige betreffend Wohltätigkeitslotterie des Landeskriegerverbandes, machen wir auf die Verlosung besonders aufmerksam. Der Reinertrag ist ausschließlich zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kameraden und deren Angehörigen bestimmt. Es wird gebeten, die Wohltätigkeitsbestrebungen des Landeskriegerverbandes durch Kauf der Lose mit fördern zu wollen.

In Hodermanns Konditorei findet heute abend ein Extrakonzert statt, bei dem auch Opernsänger Knops vom Hamburger Stadttheater mitwirkt. (Siehe Inserat.)

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein Schmiedegeselle aus Jersabel, der einem Arbeitstagen ein Portemonnaie

mit 21 M. gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ferner ein hier aus Kiel zugereister Arbeiter, der in der Sonntagnacht in den Keller eines Grundstückes in der Straßendorfer Allee eingedrungen war, aber von dem Hauseigentümer überrascht wurde. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Andernach wegen Diebstahls. Der Festgenommene, der sich ein Logis in der Fischergrube gemietet hatte, will in Geldverlegenheit gewesen sein. Er hat, um sich Geld zu verschaffen, das zu seinem Logis gehörige Bett verkauft. — Festgenommen wurde der Oberkellner und das Büffetfräulein eines hiesigen Lokals, die sich im Weinkeller ihres Arbeitgebers gütlich getan hatten.

ph. Sachbeschädigung aus Aerger. Festgenommen wurden zwei bei einem Fuhrunternehmer beschäftigte gewesene Arbeiter, die wegen Lohnforderungen mit ihrem Arbeitgeber in Streit geraten waren und aus Aerger darüber einige Scheiben seines Hauses zertrümmerten. Die Festgenommenen haben sich neben der Sachbeschädigung auch des Hausfriedensbruches schuldig gemacht.

ph. Entwendete Papiere. Aus einem bei Schuppen 6 hingehängt gemachten Arbeiterjackett sind eine Quittungskarte, eine Arbeitsbescheinigung der Kaiserlichen Werft in Kiel und ein Abzugssattelf von Düsseldorf, lautend auf den Namen Matthias Fiesch geb. am 23. 8. 1891 in Eisenbüchel, Kreis Wittlich, gestohlen worden.

ph. Diebstahl. Am Sonntag, dem 14. ds. Mts., sind aus einer Fabrik in der Moislinger Allee etwa 100 Pfund weiße mexikanische Büchsenfaser gestohlen worden.

Samburg. Erstickt. Die Gärtnerstraße 22, Haus 8, wohnende Familie Hooth hat auf den Küchenherd Holz zum Trodnen gelegt. Diese Unvorsichtigkeit mußten sie aber schwer büßen, da das Holz in Brand geriet und der entstehende Rauch die beiden Kinder der Eheleute Hooth, die sich allein in der Wohnung befanden, betäubte. Während es gelang, ein Mädchen von einem Jahr durch den Pulmotor wieder ins Leben zurückzurufen, blieben die Besuche bei der zweieinhalbjährigen Irma Hooth ohne Erfolg.

### Neueste Nachrichten.

Haag, 15. Jan. Weil die aus Niederländisch-Indien zurückkehrenden Holländer berichten, daß in den dortigen Häfen englische Handelsschiffe mit Geschützen an Deck einlaufen, fordert ein Teil der holländischen Presse eine offizielle Bekanntmachung der holländischen Regierung, wonach die Vorschrift, daß bewaffnete Handelsschiffe holländische Häfen nicht anlaufen dürfen, sich auch auf die Kolonien bezieht.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellingsma, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

# Hodermanns Konditorei.

Heute, Dienstag, am 16. ds. Mts., ab 8 Uhr abends:

## Extra-Konzert mit verstärktem Orchester

unter Leitung des Herrn Kapellmeister Wollitz.

Außerdem erscheint Herr Opernsänger Rudolf Knops vom Hamburger Stadttheater zum Besuch.

### Bekanntmachung.

Da in Anbetracht der gegenwärtig herrschenden und voraussichtlich noch längere Zeit nach dem Kriege fortdauernden hohen Baukosten die nach den Tagen der städtischen und der vorstädtischen Brand-Assekuranzkassen festgesetzten Versicherungssummen in vielen Fällen nicht mehr als ausreichend anzusehen sind, erklären sich die städtische und die vorstädtische Brand-Assekuranzkassen bereit, in Schadensfällen bei einem Gebäude, dessen Lage vor dem 1. Mai 1914 ausweist, eine um 25 v. H. erhöhte Versicherungssumme, bei einem Gebäude, dessen Lage nach dem 1. Mai 1914 ausweist, eine um 20 v. H. erhöhte Versicherungssumme der Schadensberechnung zugrunde zu legen, wenn der Versicherte

**bis zum 1. Februar 1917**

einen dahingehenden Antrag an das Steueramt richtet. Der Antrag verpflichtet zur Zahlung einer entsprechend erhöhten Prämie für die Zeit vom 1. Februar 1917 bis 1. Mai 1920.

Der Antrag ist unter Vorlegung der Police entweder schriftlich oder im Steueramt (Nummer Nr. 1 rechts) während der Geschäftsstunden von 9 bis 1 Uhr oder 3 bis 5 Uhr mündlich zu stellen.

Lübeck, den 14. Januar 1917.

6939 Die Steuerbehörde.

### Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Lübeck.

### Nachruf.

Am Sonnabend, dem 13. Januar, starb unser Mitglied der Kollege

### Bernhard Grube.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 19. Januar nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Vorwerk Friedhof statt.

Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an derselben nachmittags 3 Uhr beim Weigen Orsch.

6932 Die Ortsverwaltung.

### Landesfriegerverband Lübeck.

### Wohltätigkeits-Lotterie.

#### Verlosungsplan:

1. Hauptgewinn: Serrenzimmereinrichtung	Wert	500.— M.
2. Schlafzimmereinrichtung		250.—
3. Silberernte:		
je 1/2 Dgd. Eßlöffel, Teelöffel und Gabeln		100.—
4. Leinwand		100.—
5. Nähmaschine		100.—
6. Nähstuhl		60.—
7. Teppich		50.—
8. 1/2 Dgd. silberne Eßlöffel		50.—
9. Tafelwaage		50.—
10. Herdentischuhr		40.—
20 Gewinne im Werte von je 25.— M.		500.—
20 " " " " " " " " " " " "		200.—
50 " " " " " " " " " " " "		250.—
500 " " " " " " " " " " " "		1500.—

600 Gewinne im Werte von zusammen 8750.— M.

Für die Gewinne im Werte von je 10.—, 5.— und 3.— M. werden Gutscheine ausgegeben.

**Ziehung am 5. März 1917.**

**Preis des Loses 50 Pfennig.**

Loose sind in hiesigen Geschäften, die durch Aushängeschilder im Schaufenster kenntlich sind, zu haben.

4950 Der Vorstand.

### Fünfter Nachtrag

zu der Bekanntmachung betreffend die Abgabe und den Verbrauch von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch im Anschluß an die Fünfster Bekanntmachung vom 20. November 1916 betreffend die Abgabe und den Verbrauch von Kartoffeln und zur Änderung der Bestimmungen des vierten Nachtrages vom 12. ds. Mts.:

1. Vom 16. Januar ds. J. ab dürfen Kartoffeln nur auf den jeweils geltenden Abchnitt der Kartoffelkarte (4. H. 1. Abchnitt 12) entnommen und abgegeben werden und zwar auf die Hauptkartoffelkarte und gegen Abrechnung der Unterabchnitte 1—10 5 Pfund und auf die Zusatzkartoffelkarte und gegen Abrechnung der Unterabchnitte 1—15 9 Pfund.
2. Personen die Kartoffelvorräte haben, dürfen vom 16. Januar ds. J. an im Laufe von je 10 Tagen nicht mehr als 5 Pfund Kartoffeln auf den Kopf der Haushaltungsangehörigen verbrauchen. Für Personen im Besitze einer Zusatzkartoffelkarte oder einer gelben Arbeiterbescheinigung bleibt die zugelassene Verbrauchsmenge von 14 Pfund bestehen.
3. Als Ersatz für die lebenden Kartoffeln werden Strohsträben abgegeben und zwar für jedes Pfund Kartoffeln 2 Pfund Strohsträben.
4. Die vorstehenden Vorschriften über die Beschränkung der Entnahme und Abgabe sowie des Verbrauchs von Kartoffeln haben auf Inhaber von Bescheinigungen entsprechende Anwendung.
5. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bekanntmachung des Reichsausschusses über die Kartoffelverteilung vom 28. Juni vorigen Jahres mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Neben der Strafe können die Verurteilten, auch die sich die strafbare Handlung verschuldet haben, ohne Unterbrechung, ob sie den Täter geholfen oder nicht.

Lübeck, den 15. Januar 1917. (6941)

Am Sonntag morgen entschloss ich mich nach kurzer schwerer Krankheit unter innigstgeliebter Sohn

### Otto

im vollendeten 14. Lebensjahre tief betrübt und schmerzlich vermisst von seinen Eltern, Geschwister, Großeltern und allen, die ihm nahe standen.

Heinr. Segner u. Frau geb. Hamann.

Lübeck, 15. Januar 1917.

Gundelstraße 22.

Trauerfeier Donnerstag, den 18. Januar, 2 Uhr, in der Kapelle Vorwerk. (6949)

**Halentelle, Kanin, Marder, Fuchs, Zitis u. sowie viele v. Robbante**

faust zu den höchsten Tagespreisen (6937)

**D. Wagner, Holstenstr. 8.**

### Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

### Vorstellung im Stadttheater

am Sonntag, dem 28. Januar 1917 nachmittags 3 Uhr pünktlich

### Die Warschauer Zitadelle.

Schauspiel in 5 Akten von Gabryela Zapolska.

**Preis der Karte 60 Pfg., einschl. Garderobe.**

Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem 27. Januar, von 6 1/2 bis 9 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52. Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der nummerierten Billets zurückzugeben.

Um pünktliches Erscheinen zur Vorstellung wird dringend ersucht. Der Vorstand.

Karten sind zu haben: Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“, Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, in den Gewerkschaftsbureaus und den Verkaufsstellen des Konsumvereins. (6951)

### Nachtrag

zu der Bekanntmachung betreffend die Abgabe und den Verbrauch von Strohsträben.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch in Ergänzung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1916:

1. In jedem Jahre einer Kartoffelkarte werden für die Zeit vom 16. Januar bis 2. März 1917 auch gegen den Kopf des Abchnitte 15 mit der daran hangenden Zusatzkarte 15-17 bis 15 20 Pfund Strohsträben entnommen.
2. Die Inhaber von Zusatzkarten sind zum Zweck der Entnahme und Abgabe von Strohsträben als Ersatz für jedes mit gelblicher Karte bescheinigte Pfund Kartoffeln berechtigt. Der Verbrauch und der Ersatz ist wie bei den Zusatzkarten zu berechnen.
3. Die Abgabe der Strohsträben erfolgt bis zum 31. Januar 1917 nach demselben Kartoffelabchnitt, in dessen Abchnitte der Kartoffelkarte eingetragen ist.
4. Der Ersatz für die Strohsträben beträgt für je 20 Pfund 1 M.

Lübeck, den 15. Januar 1917. (6944)



### Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Lübeck.

Aus weitere Opfer d'eses furchtbaren Weltkrieges fielen unsere Kollegen

**Joh. Rönnpage  
Fritz Wehling  
Karl Jürs  
Friedr. Brandt  
Hugo Insten.**

Möge ihnen die Erde leicht sein!  
Wir werden ihrer stets in Treue gedenken.

6947 Der Zweigvereinsvorstand.

### Volksküche.

6943

Mittwoch, 17. Januar: Rüben-  
suppe mit Kartoffeln.  
Donnerstag, 18. Januar: Boh-  
nenuppe mit Kartoffeln.  
Freitag, 19. Januar: Graupen-  
suppe mit Kartoffeln.

### Hansa-Theater.

6940

Täglich abends 8 Uhr:

### Der Juxbaron

Vorverkauf Sager, Kohlmarkt.

### Verein der Musikfreunde.

### 16. volkstüml. Konzert

Mittwoch, d. 17. Januar  
abends 8 Uhr, in der Stadthalle.  
Leitung: Dr. Georg Göhler.  
Solist: Herr Arthur Fischer  
(Klarinette). (6938)

### Nordischer Abend.

Sibelius: Suite „König Kristian“  
Frühlingslied, Finlandia. Tor  
Aulin: Suite „Meister Olof“.  
Crusell: Schwed. Volksweise  
mit Var. für Klarinette u. Orch.  
H. Allvén: Midsommarvaka.

Der Leichenbesorger in der  
Gabelstraße 73/2 (6954)

**Heinrich Ramn**

zu seinem 60. Geburtstag  
eine herzlichen Glückwunsch!

### Sterbekasse „Die Vertrauliche“

Lübeck.

### General-Versammlung

am Mittwoch, d. 14. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im Bürgerverein. (6941)

Der Vorstand.

### Knochenverkauf.

Mittwoch, den 17. Januar 1917  
Zw. 11:00—11:30 u. 2-4 N. nachm.  
6923 Paul Lohmann.

### Der Abreis-Kalender

der Vorwärts-Buchhandlung

ist wieder vorrätig.

**Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

### Ernährungsausschuss.

Verkauf in der Markthalle heute u. folgende Tage:

### Aepfel 65 Pfg.

Verkauf an jedermann. (6946)

Im Rahmen der  
3 Kisten zu verkaufen.  
Gehört zu den besten  
Kartoffeln.

### Visitenkarten

liefert schnellstens

**Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.**

### Stadttheater.

6942

Dienstag, den 16. Januar 1917

### Der Troubadour.

Oper von G. Verdi.

Mittwoch, den 17. Januar 1917

### Das Dreimäderlhaus

Operette von Fr. Schubert.

Donnerstag, d. 18. Januar 1917

### Kabale u. Liebe.

Von Schiller.  
Anfang der Vorstellungen  
8 Uhr.

### Voranzeige!

Sonntag, den 21. Januar und  
Dienstag, d. 23. Januar 1917:  
2 Gastspiele Harry de  
Garmo vom Hoftheater Wies-  
baden in:

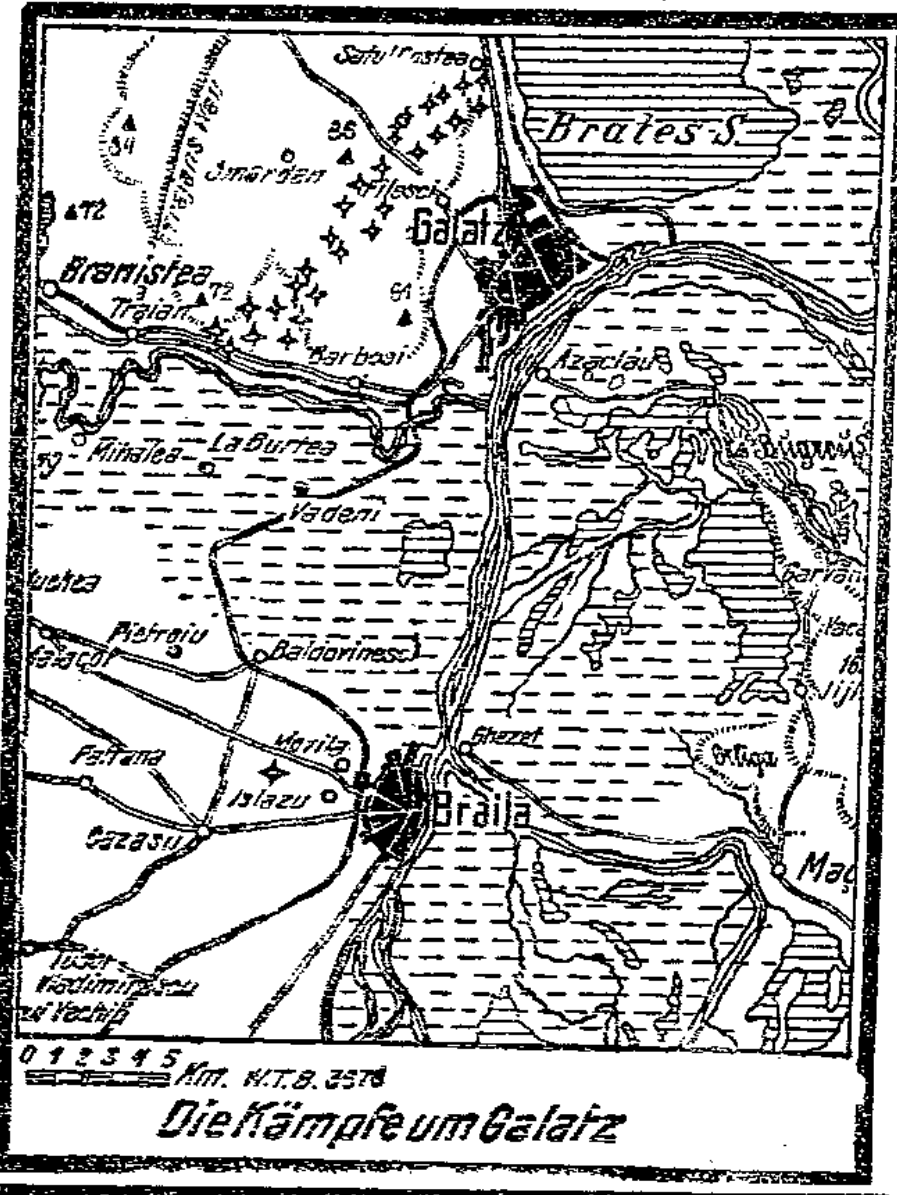
### Mona Lisa

und  
**Der fliegende Holländer.**  
Keine erhöhten Preise.



# Der Kampf um Galatz.

Die Kämpfe um Galatz, welche unsere Truppen durch das Kampfgelände zwischen Braila und Galatz hindurchführen, haben zur Belegung der Dreiecke Mihales am Sereh, La Burtea und Babeni geführt. Da außerdem schon verlautet, daß Galatz selbst in einzelnen Teilen unter unserer Feuer liegt, so ist mit einem baldigen Erfolg vor Galatz zu rechnen.



Kriegsleiden sei infolge der gestörten Beziehungen noch keine Entscheidung getroffen. Die französische Partei fürchtet offenbar, daß diese Mehrheit zudem nur eine fiktive sei, da die auf die politische Gebiet zwischen den Parteien führen könnte.

Der Vertreter weist auf das Zunehmen der Störung in der französischen Partei, die für Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ist und daß die Mehrheit auf dem letzten Weihnachtskongreß nur noch winzige 130 Stimmen betragen habe, daß diese Mehrheit zudem nur eine fiktive sei, da die auf die besetzten Gebiete entfallenden (aber nicht vertretenen) Stimmen einfach als gegen die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen in Rechnung gesetzt wurden. Ferner wird auf den Beschluß der französischen Gewerkschaften verwiesen, die sich für die Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Internationalen ausgesprochen haben, und dann heißt es wörtlich:

Welches moralische Recht hat ein solches Votum der französischen Partei, um in einer Zeit, wo selbst die Vertreter der herrschenden Klasse die Initiative zum Frieden ergreifen, das Proletariat als Friedensmacht zu lähmen? Darf durch die 130 denkwürdigen Stimmen das Organ, das ungeachtet aller Schwierigkeiten keine Beziehungen zu allen Parteien aufrecht zu erhalten mußte, zu einem toten Pferd am Saum erniedrigt und von jeder wirklichen Aktion abgehalten werden?

Diese Fragen waren in einer Vorhandlung der S. D. F. und des niederländischen Grafika-Komitees des J. E. S. Gegenstand erster Beratung. Das Resultat war, daß das Komitee sich jetzt in aller Form an seinen Vorstehenden wandert, welche und an die englischen und französischen Parteien gewendet hat, um 1. eine Vollziehung des Komites (belgische und holländische Mitglieder) abzuschließen; 2. für die Anwesenheit von Vertretern der französischen und englischen Parteien Sorge zu tragen.

Auf die Tagesordnung der Versammlung stellte die holländische Delegation die Einberufung einer Vollziehung des Bureau, wofür die Parteien der Mittelmächte sich seit langem erklärt haben. Die holländische Delegation hat es als im Interesse der Sache liegend erachtet, unteren Parteigliedern den Freund der französischen Partei, zu der geplanten Zusammenkunft mitzuladen und es sollen Schritte getan werden, um den belgischen Mitgliedern (Anseele und Vermand) die Reise nach dem Haag zu ermöglichen.

In diese Dunkelheit fließt die Menschheit den Stern des Friedens wieder hinter den Wälder verschwinden. Die imperialistische Presse aller Länder erklärt alle Friedensversuche schon jetzt für unmöglich. Kaiser und Könige, Ministerpräsidenten und andere offizielle Vertreter nationaler Interessen rufen mit dem Schwert und rufer ihre Völker auf zum Fortsetzen des Blutbades. Europa geht neuem Jammer, größterem Frevel auf allen Seiten, dem göttlichen Untergang entgegen.

Und in solch einer Zeit sollte die Internationale sich durch 130 Stimmen auf dem Papier zum Schweigen und Nichtstun verurteilen lassen? Mit Spannung warten wir das Resultat dieses außerordentlichen Beschlusses unserer niederländischen Parteiglieder ab.

Wir auch!

## Aus Industrie und Technik.

**Die rumänische Petroleumindustrie.**  
Durch die Nachreise gibt ein Bericht, der erkennen läßt, daß die rumänische Petroleumindustrie in großem Umfang der Kriegswirtschaft für die Mittelmächte nutzbar gemacht werden kann. Wenn auch ein Teil der Anlagen von den Rumänen vor dem Ausbruch der Truppen zerstört worden war, so könnte doch der Schaden und Komplexschaden sofort wieder aufzuheben werden. In kurzer Zeit wird er sogar weiter gesteigert werden können. Die Verwertung Rumaniens erweist sich als außerordentlich wichtig. Die Schwerkraftwerke liegen hauptsächlich auf dem Gebiet des Transilvaniens, jedoch besteht begründete Hoffnung zu der Annahme, daß es auch diese Sachverhalte fertig beheben werden.

## Das türkische Gewerkschaftswesen.

Es war auf einer der letzten Gewerbesitzungen des Bundes für Sozialpolitik. Auf der Tagesordnung stand die Erörterung über Fragen der Industrieentwicklung. Dazu ergriff auch ein Vertreter des Herrn Prof. Kammerer von der Technischen Hochschule Charlottenburg referierte über die Wirkungen des industriellen Fortschritts. Er gab Darstellungen über das vielfältige Schicksal der Industrie Deutschlands, zeigte an der Entwicklung im Rheinland, Niedersachsen, Metallindustrie, Transportwesen, wie aber industrielle Fortschritt auf Grund folgenreicher technischer Arbeit nur gelindert werden konnte und zum Schluß erörterte er den Rumänien, daß die Leistungsfähigkeit der wichtigsten Betriebsstätten, der Rumänen, eine Folge der gewerkschaftlichen, demokratischen und technischen Bildung ist. Industriearbeit ist ein Lebenswort, nur eine entsprechend gewerblich geführte Arbeit ist im weitesten Sinne des Wortes kann der Weltkampf auf dem internationalen Marktplatz bestehen.

Hier haben wir eine der wichtigsten Fragen unserer Industrieentwicklung. Die geradezu gewaltigen Leistungen, die Deutschland als Industrieland in seiner Kriegswirtschaft erringen konnte, sind nicht das Verdienst von Einzelmeistern, sondern das Resultat der Gesamtheit, der organisatorischen Zusammenarbeit, der kapitalistischen Schulung und Kultur, die technisch und gewerblich das ganze Heer der Arbeiterschaft vom Ingenieur bis zum Arbeiter erfüllt.

Und weiter sehen wir auch die Tatsache im letzten Jahrzehnt ganz klar in Erscheinung treten: jedes aufstrebende Industrievolk sucht sich entweder seine Waffen, seine Schulung seine technische Befähigung lernen und nachzuerfinden von anderen Völkern mit bereits weiter entwickelter kapitalistischer Wirtschaft zu erwerben, oder gründet selbst Schulen, sucht selbst technische Wissenschaft zu pflegen und der gewerblichen Praxis dienstbar zu machen. Die Japaner und Russen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, haben vor dem Krieg die technischen Hochschulen in Deutschland stark frequentiert und fast übereinstimmend hört man das Urteil der Professoren und Lehrer, daß diese jungen Leute aus dem Osten fleißige Lerner gewesen sind.

Unter diesen Gesichtspunkten ist ein Bericht interessant, den die Wirtschaftszeitung der Zentralmächte über den gegenwärtigen Stand des gewerblichen Schulwesens in der Türkei gibt. Der Türkei modernisiert sich durch den Krieg, durch die Verbindung mit den Mittelmächten regen sich dort die Kräfte, um am modernen kapitalistischen Leben teilzunehmen.

Neue Gewerbeschulen sind in den verschiedenen Gegenden der Türkei ins Leben gerufen und die bereits bestehenden auf eine neue Grundlage gestellt worden. So wurde an der Gewerbeschule in Konstantinopel eine besondere Abteilung für Geräte und Maschinen geschaffen und die Leitung des Unterrichts einem ungarischen Spezialisten übertragen. Ebenso wurde die Gewerbeschule von Smyrna nach europäischen Mustern umgestaltet und ihr Wirkungsbereich erheblich erweitert. Fremde Besucher dieser Schule haben sogar erklärt, daß selbst in Europa so vollkommene Gewerbeschulen selten zu finden sind. Auf Grund der Berichte ausländischer Kenner des gewerblichen Schulwesens hat das Ministerium eine neue Ordnung für die Gewerbeschulen ausgearbeitet, die demnächst veröffentlicht werden wird.

Das Gewerbemuseum, dessen Gründung vor einigen Monaten beschlossen worden ist, wird nächstens eröffnet. Es ist in den Räumen des berühmten historischen Bades auf dem Hippodrom-Platz untergebracht worden, das für diesen Zweck entsprechend hergerichtet wird. Alle Gewerbetreibenden in der Provinz sind von den Ministerialbehörden aufgefordert worden, Muster ihrer Fabrikate zu liefern. Diese Muster werden durch die Ministerialbehörden dann an die Zentralabteilung nach Konstantinopel befördert. Die Lokalblätter in Smyrna, Bejruth, Aleppo usw. fordern die Gewerbetreibenden noch besonders auf, dem Ersuchen der Behörden so zahlreich als möglich nachzukommen, indem sie hervorheben, daß diese neue Einrichtung zur Förderung des türkischen Nationalgewerbes und zum Ruhm der neuermachten Türkei viel beitragen werde.

## Treibriemen aus Stahl.

Ein Beweis der Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie an die durch den Weltkrieg hervorgerufene Herstellungsbedingungen wird durch die Verwendung von Stahlbändern als Ersatz für Lederrriemen erbracht. Zwar ist seit Jahrzehnten schon bekannt, daß sich Stahlbänder sehr gut als Treibriemen zu Kraftübertragungen eignen, ohne daß jedoch diese Art der Antriebsübermittlung nennenswerten Eingang in die Maschinentechnik gefunden hätte.

Jetzt werden Treibriemen aus Stahlband auf den Markt gebracht und zwar, wie die „Umschau“ mit fortlaufender Losung. Diese Stahlriemen haben auf ihrer ganzen Länge — je nach Breite — mehrere Reihen systematisch geordneter Löcher, wodurch die beliebige Verbindung des Riemens an irgend einer Stelle ermöglicht wird. Diese Stahlbänder werden in einer Stärke von 0,5 bis 0,8 Millimeter bis zu der allergrößten Kraftübertragung verwendet und eignen sich besonders für hohe Geschwindigkeiten, da sie sehr geschmeidig und dünn sind und sich in der Länge nicht verziehen. Infolge ihrer Unempfindlichkeit gegen Witterungseinflüsse können sie überall Verwendung finden und durch besondere Maßnahmen gegen Rost geschützt werden.

Ein weiterer Vorzug ist die Preisfrage: Riemen aus Stahl sind bedeutend billiger als Lederrriemen, auch steht das Rohmaterial unbegrenzt zur Verfügung. Deutschland hat jährlich für 15 Millionen Mark Treibriemen hergestellt, im Jahre 1913 sind davon ungefähr für 18 Millionen Mark ausgeführt worden.

## Aus Nah und Fern.

**Aus der Riste der Rechtsanwälte gestrichen.** Der „Reichsanzeiger“ meldet: Rechtsanwalt Dr. Karl Siebnecht ist in den Risten der bei den Landgerichten 1, 2 und 3 Berlin zugelassenen Rechtsanwältinnen räumlich gestrichen worden.

Ein überaus dreister Raub wurde auf dem Bahnhof Schuppin (Oberhavel) ausgeführt. Ein etwa 19jähriger Deutsche sprang mit vorgehaltenem Revolver zwischen dem Eisenbahnwagen hindurch auf das dort tätige Postpersonal und gab einen Schuß ab. Dadurch gelang es dem Burschen, das Postpersonal so zu verblüffen, daß er eine schwere hölzerne Werkkiste mit 18 000 Mark Bargeld ergriffen und damit das Weite suchen konnte.

**Explosionsunglück in einem Bergwerk.** In dem Bergwerk Stahberg unweit von Mühl in Siegerland ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall durch die nachträgliche unerwartete Explosion einer Dynamitpatrone, die vorher verjagt hatte. Drei Bergknappen, Klare, Meinhard und Haaf, wurden getötet.

**Verordnung für Biertrinker in Bayern.** Das stellvertretende Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps hat für den Bezirk München angeordnet, daß in den Auskantitäten an einem Ort während der Mittags-Ausspannung nicht mehr als ein halber Liter, während der abendlichen Ausspannung nicht mehr als drei halbe Liter Bier verabfolgt werden.

**Friedrich Adler.** Die „Wiener Arbeiterzeitung“ teilt mit, daß an der in der Presse veröffentlichten (und auch von uns wiedergegebenen) Nachricht von einem Selbstmordversuch Friedrich Adlers „nicht ein wahres Wort“ ist.

**Eisenbahnstörungen durch Gummimangel.** In den Eisenbahnverbindungen zwischen Mittel- und Nordschwedens sind seit einiger Zeit häufig Störungen eingetreten, die meistens auf Zugverpätungen zurückzuführen sind. Die Ursache hierzu ist neben der dort gegenwärtig herrschenden großen Kälte die schlechte Beschaffenheit der Vacuumbremsen. Wegen Mangel an Gummi sind die Vacuumleitungen immer schlechter geworden, und alle Versuche der Eisenbahndirektion, hierzu geeigneten Gummi nach Schweden einzuführen, sind durch die Engländer vereitelt worden.

**Verweigerter Ausreise schwedischer wehrpflichtiger Arbeiter.** Seit einiger Zeit versuchen Agenten schwedische, in der mechanischen Branche speziell ausgebildete Arbeiter für die französischen Flugzeug- und Munitionsfabriken anzuwerben. Dieser sind rund 500 im wehrpflichtigen Alter stehende Arbeiter bei der Regierung im Erlaubnis eingekommen, aus Schweden abreisen zu dürfen. Sie hat von diesen Gesuchstellern 156 nicht gestattet, das Land zu verlassen.

**Ein amerikanischer Panzerkreuzer aufgelaufen.** Der Panzerkreuzer „Albatross“ ist an der kalifornischen Küste aufgelaufen. Es wird befürchtet, daß er ganz verloren gehen wird, da die hohe See ihn in Stücke zu schlagen droht.

**Erdbeben auf Formosa.** Nach einem Telegramm aus Tokio wurde Formosa von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. 1000 Häuser wurden zerstört und etwa 3000 Personen kamen ums Leben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: F. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Erschienen in Lübeck.

man ungeliebt. Ich weiß nicht, ob diese Zeit, wo schwere Lasten auf Rücken zu liegen, es geboten erscheinen läßt, Steuern, die wir einmal haben, abzubauen. Sie könnte vielleicht zweckmäßiger bis 1918 weiterlaufen. Gerade die Reichserbschaftsteuer und die Einkommensteuer sind die gerechtesten Steuern, die es gibt. Hier sollte man nicht dabei herumwobeln, sondern mehr aufbauen. Man legt zwar, die Kinder, Frauen und nächsten Erben würden dadurch mächteiligt, wenn sie zur Steuer herangezogen werden. Eine Erbschaft ist jedoch kein erworbenes Einkommen, sondern ein Geschenk. Ob es Kinder oder die nächstfolgenden Erben sind, ist dabei gleichgültig, sie müssen zur Steuer herangezogen werden. 1908 hat man diese Steuer begründet und heute geht man daran, sie zu ermäßigen. Wir können uns mit diesem Gedanken nicht befassen und werden gegen den Antrag stimmen.

Senator Dr. Berner verteidigt die Vorlage mit Rücksicht auf die zu schaffende Vermögenssteuer. Für die nächsten drei Jahre würde der Ausfall wahrscheinlich durch das Reich eintreten, ein Ausfall für Lübeck also nicht eintreten.

Die Senatsvorlage mit dem Antrag G. Reimpell, die Beschlüsse rückwirkend vom 1. Januar 1917 gelten zu lassen, wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Es folgt die Besprechung der Eingabe der Postboten Schütz, Frey und Schell und der Postkassierer Bochtolt, Möller und Peters wegen Gewährung von Arbeiterwochenlöhnen an Kriegsinvaliden zur Benutzung der Straßenbahn für den Weg zu den Arbeitsstätten.

Klein begründet die Eingabe und beantragt: „Die Bürgerwehr erlucht den Senat, die Betriebsbehörde anzuweisen, denjenigen Kriegsinvaliden, die zur Ausübung ihres Berufs auf die Benutzung der Straßenbahn durch die Art ihrer Verletzung angehalten sind, Preisermäßigungen nach Art der Arbeiterwochenlöhne zu gewähren.“

Schütz er unterstützt diesen Antrag und fordert, die unzulässige Erhöhung bei Ausstellung der Arbeiterwochenlöhne einzustellen. Da der Geldwert bedeutend gesunken sei, dürfe man ruhig bis 200 Mk. die Grenze hinaufsetzen. Nicht recht sei, daß der Gehalt keine Karte erhalte.

Lug. Tappe trägt, ob es nicht an der Zeit sei, die von Senat der einzigen Jahres angeschnittenen Frage zu prüfen, den Bürgerwochenlöhnen freie Straßenbahnfahrt zu den Bürgerwochenlöhnen zu gewähren.

Stelling erklärt, auch ihn hätten einige Kriegsinvaliden von der Landesversicherungsanstalt erlucht, für verbilligte Fahrt Karten zu erhalten. Die Grenze von 1500 Mark sei heute tatsächlich unerschwinglich. Die ihn ersuchenden Angehörigen verdienen eher gar nicht einmal so viel. Die Landesversicherungsanstalt habe zudem noch ihre Hilfsarbeiter, auch Kriegsinvalide, in Lagerhäusern, um ihren Lohn zu fassen, weil sie so die Festtage nicht zu bezahlen braucht. Wenn der Begriff der Arbeiterwochenlöhne nicht so eng gefaßt wäre, müßte er auch diese Kategorien einschließen, darum bitte Senat, die Erträge dringender zu beachten. Die Grenze müsse mindestens auf 2000 Mark festgelegt und der Begriff Arbeiter weitergefaßt werden.

Das Ertrags Klein wird angenommen.  
Schluß 9 Uhr 10 Min.

## Ernährungsfragen.

**Neue Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung.**

In Preußen soll die Volksernährung durch Kriegsernährungsämter geregelt werden. Das preussische Staatsministerium hat jetzt entsprechende Beschlüsse gefaßt und die Grundlage für die Errichtung solcher Ämter festgelegt.

Über die Ausgestaltung und Zuständigkeit dieser neuen Kriegsernährungsämter und der für die Landkreise zu bildenden Kriegsernährungsstellen erfährt die „Voss. Zig.“ folgende Einzelheiten: Für jede Provinz wird ein Kriegsernährungsamt gebildet. Vorsitzender des Kriegsernährungsamtes ist ein vom Kriegssamt ernannter Offizier, der mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten genau vertraut ist. Mitglied des Kriegsernährungsamtes sind zwei vom Oberpräsidenten ernannte höhere Verwaltungsbeamte, je ein Vertreter der Eisenbahndirektionen, zu deren Bereich die Provinz gehört, ferner ein von der Landwirtschaftskammer zu benennender Landwirt und ein vom Kommandierenden General am Sitz des Kriegsernährungsamtes ernannter Veterinär. Der Vorsitzende des Kriegsernährungsamtes leitet die Arbeit, zu deren Bereich die Provinz gehört. Bei den Sitz am Sitz des Kriegsernährungsamtes befindlichen Generalinspektoren werden Nebenstellen des Kriegsernährungsamtes nach Bedarf gebildet, die aus einem landwirtschaftlichen erfahrenen Offizier als Leiter und den erforderlichen Hilfskräften bestehen. Das Kriegsernährungsamt hat die Aufgabe, innerhalb der Provinz die landwirtschaftliche Produktion, soweit diese zum Geschäftsbereich des Kriegsamtes gehört, zu unterstützen und zu fördern durch Beschaffung und Verteilung militärischer Zusatzstoffe von Betriebsleitern und Arbeitern, Beschaffung von Arbeitsgeräten, Maschinen und Betriebsmitteln (Kohlen, Senf etc.), Fälligkeit für die reibliche Verteilung der Felder, für die Eindringung der Ernte.

Bei der Errichtung und Vereinerung der landwirtschaftlichen Ämter wird das Kriegsernährungsamt nicht mit. Das Kriegsernährungsamt hat in den genannten Angelegenheiten der zentralen Stellen Vorschläge zu machen und auf Erhebungen Gutachten zu erheben. Vom Kriegssamt kann ihm die Entscheidung in bestimmten Angelegenheiten übertragen werden. Der Vorsitzende des Kriegsernährungsamtes hat einzelne Mitglieder mit der Entscheidung einzelner Angelegenheiten betraut. Für jeden Kreis wird eine Kriegsernährungsstelle gebildet. Vorsitzender ist der Landrat; sein Stellvertreter (praktischer Landwirt) und vier bis fünf Mitglieder stehen auf Vorschlag des Kriegsernährungsamtes zur Verfügung der Landwirtschaftskammer durch den Oberpräsidenten ernannt. Die Aufgabe der Kriegsernährungsstelle ist, für den Bezirk des Kreises die gleiche, wie dem Kriegsernährungsamt für den Bezirk der Provinz, zugewiesen ist. Auch der Vorsitzende der Kriegsernährungsstelle kann einzelne ihrer Mitglieder mit der Entscheidung bestimmter Angelegenheiten betrauen. — Die Sammlung der Kriegsernährungsämter liegt in der Hand der Oberpräsidenten im Einvernehmen mit den Kommandierenden Generalinspektoren, die die in Frage kommenden Mitglieder ernennen. Für die landwirtschaftlichen Personen werden die Landwirtschaftskammern herangezogen. Da die neuen Ämter bereits auf die Kriegsernährungsämter aufbauen müssen, soll ihre Errichtung nicht erliegen.

## Versuch zur Einberufung des Internationalen Bureaus.

Sept. 11. Januar 1914. In der Zeit vom 18. Januar 1914 — unter welcher Jahres Gesetze Invaliden zu berücksichtigen sind — den neuen Maßnahmen werden Invaliden der Kriegsernährungsämter und der Regierung der Eisenbahndirektionen — durch die Invaliden Partei — bestimmte Maßnahmen einzuführen, die S. E. enthalten ist. Selbst über den Versuch, die S. E. mit der Eisenbahndirektion unterzubringen, ist eine Entscheidung noch nicht erfolgt.